



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/7

9. Januar 1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Situation in Niedersachsen	S. 1
Oesterreichs Bischöfe suchen einen Kulturkampf	S. 3
Die Geschäftsordnung des Bundeskanzlers	S. 4
Wilhelm Sollmann +	S. 5

---

## Wahl-Aufmarsch in Niedersachsen

-dt. Im April läuft die Jar des Niedersächsischen Landtags ab, voraussichtlich im Mai werden die Niedersachsen zur Wahlurne gerufen. Das wirft heute schon grosse Schatten voraus.

Als stärkste Partei regiert seit Jahr und Tag die SPD in diesem drittgrössten Bundesland, repräsentiert durch Ministerpräsidenten Kopf, einen Mann, dessen verbindliches Wesen allein es bisher gelang, das niedersächsische Staatsschiff durch alle Klippen einer Allpartei-en-Koalition, später einer "wilden Ehe" mit der CDU und seit dem Sommer 1950 einer Kleinstkoalition mit dem Zentrum zu bugsieren. Mit 71 von 149 Mandaten ist die Zahl der Getreuen Kopfs nicht gross, aber da die "Bonner" auch nur über 66 Abgeordnete verfügen (DP 28, CDU 26, FDP 12) und 4 Unabhängige sowie 8 Kommunisten häufiger zu Kopf tendieren als zu Bonn oder sich neutral verhalten, konnten bisher alle Angriffe gegen die SPD-Regierung abgewettert werden.

Das soll im neuen Landtag anders werden. Bundesminister Hellwege, selbst Aspirant auf den "Welfen-Thron", zog im Spätherbst einen Plan aus der Schublade, den man dort im vergangenen Frühjahr begraben mußte, weil damals die CDU nicht wollte, bzw. wegen Dr. Gereke nicht konnte. Damals trug der Plan die Überschrift "Niederdeutsche Union" und er besagte in wenigen Worten, dass die drei Bonner Parteien sich zu einer Partei zusammenschliessen, "um die Vorherrschaft der SPD in Niedersachsen zu brechen". Jetzt trug der Plan die Überschrift "Neue

Partei", alles andere sollte bleiben. Die CDU, an deren Bestand die ausgeschiedene Anhängerschaft Dr. Gerekes und der kürzlich gegründete BHE zehren, tat diesmal begeistert mit und die ursprüngliche Zurückhaltung der FDP überwand man mit dem Versprechen einer paritätischen Beteiligung an der Wahlbeute. Ein machtvoller Bürgerblock zeichnete sich auf dem politischen Himmel ab und Bundesminister Hellwege sah den Weizen, der ihm am Rhein verblüht, an der Leine schon prächtig spriessen. Er düngte die Saat mit stark angestaubten Requisiten aus seiner Propagandakiste, sprach von der "Einheitsfront gegen den Marxismus", vom "kollektivistischen Machtstreben der SPD" usw.usw., als sei er in der Ostzone und kämpfe gegen die SED.

Hellwege hatte seine Rechnung ohne den Landesvorsitzenden der FDP, Arthur Stegner, gemacht. 24 Stunden vor der Gründung der neuen Partei teilte Stegner den einstimmigen Beschluss des Landesvorstandes der FDP mit, allein in den Wahlkampf gehen zu wollen. Nicht, weil die FDP weniger antimarxistisch sein wollte als die beiden anderen Partner, im Gegenteil. Die FDP wolle nichts mit der ebenfalls "kollektivistisch" angehauchten CDU (Stegner sagte es etwas anders) gemein haben. In Wirklichkeit will sich Stegner nicht an eine absterbende CDU und an eine DP binden, die langsam aber sicher in einen weltfischen und einen nationalistischen Teil zerfällt. CDU und DP sind Stegner nicht "rechts" genug; die FDP fühlt sich vielmehr berufen, so wie bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen "ganz rechts" zu stehen und sowohl von der in Unschönheit gestorbenen Deutschen Reichspartei, als auch von den anderen Rechtsparteien soviel Substanz wie möglich in die einst liberal-demokratischen Reinen ziehen. Zu diesem Zweck wurde in Niedersachsen ein Landesverband der "Nationalen Rechten" gegründet, der seine Feigung nicht verheimlicht, zusammen mit der FDP in den Wahlkampf zu gehen. Stegner hat sich seine Hilfestrappen gesichert, ehe er Hellwege und der CDU den Fehdhandschuh zuwarf.

Minister Hellwege wird an den Niedersachsen-Wahlen keine reine Freude haben. An seiner eigenen Partei werden FDP, Nationale Rechte und Dorle und Remer mit ihrer SRF knabbern; aus dem Trümmerhaufen CDU wird sich der BHE herausheben, was er zur Bau eines neuen Hauses braucht. Das sind schlechte Aussichten, die SED aus dem Sattel zu heben. Freilich kann nicht verheimlicht werden, dass die SPD, obwohl sie alle Chancen hat, stärkste Partei zu bleiben, bei dieser Konstellation sehr schwer einen Partner für eine Koalition finden wird, aber das sind Dinge, die nach der Wahl anders aussehen können als vorher.

Der Grazer "Notstand"

sp. In Graz wurde ein Geistlicher vor Gericht gestellt, weil er unter Umgehung des Standesamtes ein Paar kirchlich getraut hatte. Der Geistliche verteidigte sich damit, dass ein Notstand vorgelegen habe: bei standesamtlicher Trauung würde die Braut - eine Witwe - ihre Rente verloren haben.

Diese Meldung ging als Kleinnotiz durch die Presse. Es ist aber mehr daran als der Anschein einer Gleichsetzung von Rente und Seeleneil durch die Geistlichkeit. Das Faktum leuchtet in einen Kulturkampf, der Oesterreich bedroht.

Schon vor längerer Zeit hatte der Erzbischof von Salzburg angekündigt, er werde in bestimmten Fällen seinen Geistlichen Erlaubnis geben, Ehen ohne vorherige standesamtliche Trauung zu schliessen. Die oesterreichische Bischofskonferenz erklärte kürzlich, dass sie die Weisung der oesterreichischen Bischöfe vom 18. Juli 1938 über die Einführung der obligatorischen Zivilehe in Oesterreich aufhebe, da sie von den nationalsozialistischen Machthabern erzwungen worden sei. Die Seelsorger wurden also ermuntert, ohne Rücksicht auf das geltende oesterreichische Recht vorzugehen, wobei zur Beschwichtigung nur gesagt wurde, jeder einzelne Fall solle dem Ortsordinariat vorgelegt werden, das Erlaubnis oder Auftrag zur kirchlichen Trauung auch vor der standesamtlichen Eheschliessung erteile.

Obwohl die Minister der Oesterreichischen Volkspartei sich von den engeren klerikalischen Bindungen der einstigen Christlichsozialen etwas gelöst haben und sonst nicht geneigt sind, um kirchlicher Fragen willen den Koalitionsfrieden aufs Spiel zu setzen, gibt die ÖVP in dieser Frage den Biferern ein Echo. Die sozialistische Arbeiterzeitung ruft dagegen verzweifelt: "Haben denn die Oesterreichischen Bischöfe wirklich keine anderen Sorgen?" Und sie weist darauf hin, dass in anderen Ländern die katholischen Bischöfe ernste Worte über die Not des Volkes und gegen seine Ausbeutung durch schamlosen Parasiten des Volkes gefunden hätten. In Oesterreich hingegen werde ein Streit mit dem Staate und dem Recht heraufbeschworen. "Rings droht Gefahr, fast brennt unser Haus - wir aber sollen einen Kulturkampf führen".

Es ist ein nur geringer Trost, dass nicht wenige Katholiken solchem Klerikalismus fern stehen. Sie meinen, dass eine solche allzu aktive Politik die moralischen Gewinne gefährde, auf die es für die

Kirche Christi doch wesentlich ankommt. Um seine Zuneigung für diese Art kirchlicher Haltung darzutun, hat z.B. das "rote" Wien eine Million Schilling für den Wiederaufbau des Stephansdoms gespendet. Aber die Anerkennung ist ausgeblieben. Nur in Frankreich hat sich unseres Wissens der Katholizismus bereits weithin selbst überwunden - von der unduldsamen Herrschsucht weg zum Geist des Dienens und der Liebe.

id.

+ + + + +

#### Das Prokrustes-Bett der Bundesminister

sp. wie man sich bettet, so liegt man, oder, auf Bonner Bundesdeutsch: Wie du dir die Geschäftsordnung einrichtest, so wirst du regieren.

Das dachte wohl auch der Bundeskanzler, als er sich nach fast anderthalbjähriger geschäftsordnungsloser Regierungszeit gemäss Art.65 des Grundgesetzes vom Bundespräsidenten eine Geschäftsordnung für die Bundesregierung genehmigen liess. Bereits in §1 dieser Geschäftsordnung hat der Bundeskanzler den Bundesministern ein Prokrustes-Bett Marke Adenauer verpasst. Zwar heisst es darin in Anlehnung an das Grundgesetz, dass der Bundeskanzler die Leitsätze der inneren und äusseren Politik bestimmt und dass die vor ihm gegebenen Richtlinien für sämtliche Bundesminister verbindlich sind, aber: "In Zweifelsfällen ist die Entscheidung des Bundeskanzlers einzuholen." Das heisst wohl mit anderen Worten: Wenn dem Minister X eine Weisung des Bundeskanzlers nicht passt, kann er sich beim Bundeskanzler beschweren und der Bundeskanzler hat zu entscheiden, ob er, der Bundeskanzler, oder der Minister recht habe. Das nennt man auf gut Deutsch den Bock zum Gärtner, den Angeklagten zum Richter machen.

Wie wenig der Bundeskanzler von der politischen Reife seiner Minister hält, hat er in §11 der Geschäftsordnung niedergelegt. Demnach müssen Äusserungen von Bundesministern in der Öffentlichkeit mit den Richtlinien des Kanzlers übereinstimmen. Das ist eine politische Kastration von Männern, deren Lebensinhalt die Politik sein soll. Angesichts des unnachahlichen Talents einiger unserer Bundesminister, aussenpolitisches Porzellan zu zerschlagen, wird man allerdings für diese Zensur Verständnis aufbringen, solange sie sich auf das jetzige

Kabinett und auf die Außenpolitik beschränkt. Wenig Verständnis wird man aber für diese Gleichschaltung in innenpolitischen Dingen aufbringen, besonders für die Bestimmung des §11, dass öffentliche Erklärungen eines Bundesministers über Angelegenheiten eines anderen Ressortministers nicht im Widerspruch zu den Ansichten des zuständigen Ministers stehen dürfen. Das ist bereits bei einer Einparteien-Regierung eine Zusatzung; bei einer Koalitionsregierung wird sie zur Unmöglichkeit. In der Praxis kann das dazu führen, dass z.B. der Bundesflüchtlingsminister nichts über den Lastenausgleich sagen darf, was mit den Ansichten des Bundesfinanzministers nicht in Einklang steht.

Es bleibt also bei den "einsamen Beschlüssen", mit dem Unterschied, dass sie jetzt durch das Prokrustes-Bett der Geschäftsordnung eine scheinbare Legalität erhalten. In dieser Hinsicht war Bismarck, verglichen mit Adenauer, ein blecherner Kanzler.

+ + + + +

Wilhelm Sollmann  
Von Paul Löbe

Rascher als seine Freunde es befürchteten, ist Wilhelm Sollmann, langjähriger Abgeordneter des Deutschen Reichstages und 1923 Reichsinnenminister im Kabinett Stresemann, in seinem fernem, nordamerikanischen Zufluchtsort an einem Krebsleiden verstorben.

Wilhelm Sollmann, lange Zeit der Führer der Arbeiterabstinenzbewegung, war als Sohn eines Brauers in Thüringen geboren, hat also dem Beruf seines Vaters heftige Opposition gemacht. Aber viel bekannter wurde er, als er den Beruf als kaufmännischer Angestellter aufgab und sich der sozialistischen Journalistik zuwandte. Gemeinsam mit Jean Meerfeldt in Köln redigierte er die "Rheinische Zeitung", einst das Organ von Karl Marx. Köln wurde jahrzehntlang sein Tätigkeitsfeld, so dass man ihn vielfach als einen Sohn des Rheinlandes ansah.

Er wirkte in der Stadtverordnetenversammlung während Adenauers Oberbürgermeisterzeit, trat 1919 in die Nationalversammlung ein und blieb Mit lied des Reichstages bis 1933. Nach Beendigung des Ruhrkampfes 1923 hatte er das Reichsinnenministerium im Kabinett Stresemann übernommen, verliess es aber während der Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen. Obwohl von seinen politischen Gegnern als der nationalste Sozialdemokrat angesprochen, fielen die Nationalsozialisten 1933 über ihn her, masshandelten ihn schwer und versuchten, ihn durch Fenstersturz aus dem vierten Stock des Verlagsgebäudes zu ermorden. Durch Gewandtheit auf der Flucht entging er diesem Schicksal, floh zunächst ins Saargebiet und ging von dort nach den Vereinigten Staaten.

Dort wurde der eifrigste Sozialist begeisteter Anhänger der amerikanischen Wirtschaftsweise und Kultur. Er hat nach 1945 öfter den Weg in die alte Heimat unternommen. Hier besuchte er seine alten Genossen, war aber doch von einem anderen Geist erfüllt. Da er drüben eine sozialistische Partei nicht vorfand, suchte er das Ideal der gegenseitigen Hilfe im charitativen Handeln zu erfüllen. Als Gast-Dozent in Frankfurt/M. und Köln wollte er für gegenseitiges Verständnis zwischen den zwei Welten wirken. Dieses Streben machte nun der Tod ein Ende. An den Orten seiner Wirksamkeit ist ihm ein ehrendes Andenken sicher.

+ + + + +